



HESSISCHER LANDTAG

30.11.2010

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 18/3132 zu Drucksache 18/2674

Einzelplan 03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 03 Landesamt für Verfassungsschutz
Buchungskreis: 2210

Produktnummer lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan

Erfolgsplan:

Beträge in EUR

Pos. lt. Erfolgsplan	Bezeichnung	von	um	auf
6	- Bezüge	7.574.100	-2.202.200	5.371.900

Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Während in allen anderen Bereichen, wie Polizei, Kommunen und Behörden, immer weiter gekürzt wird bleibt der Hessische Verfassungsschutz davon bisher ausgenommen. Wir wollen im Haushaltsentwurf eine Rückführung der Mittel auf das Niveau der Personalausgaben von 2006. Die freiwerdenden Mittel für den Verfassungsschutz sollen für ein "Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit" zur gesellschaftlichen Bekämpfung des Neo-Faschismus und Rassismus bereitgestellt werden.

Wiesbaden,

Für die Fraktion DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende
Willi van Ooyen